

Niederschrift
über die Sitzung des Beirates für Behindertenfragen
am 26.09.2018

Tagungsort: Rochdale Raum, Neues Rathaus
Beginn: 09.00 Uhr
Sitzungspausen: 09:38 Uhr bis 09:48 Uhr und 10:38 Uhr – 11:07 Uhr
Ende: 11:45 Uhr

Anwesend:

Herr Baum	Vorsitzender	
Herr Dr. Bruder		
Frau Röder		
Frau Heinrich		
Herr Schneck		für Frau Böllhoff
Herr Winkelmann		
Herr Puschmann	bis 10:38 Uhr	
Herr Dr. Kremer		

Stellvertretende Mitglieder

Frau Schmieder
Frau Ramtour
Frau Maaß

Beratende Mitglieder

Herr Donath (SPD)		
Frau Niemeyer (Die Linke)	ab 10:55 Uhr	
Herr Holler-Göller (Bündnis 90/ Die Grünen)		für Frau Wegner
Frau Schellong (CDU)		für Herrn Jung

Behindertenhilfekordinator mit beratender Stimme

Herr Burkat	Büro für Integrierte Sozial- planung und Prävention
-------------	--

Verwaltung

Herr Mardmüller

Amt für soziale Leistungen

- Sozialamt -

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen

- Sozialamt -

Schriftführung

Herr Litke

Amt für soziale Leistungen

- Sozialamt -

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzender Herr Baum begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Seidenberg, der für die Wahl des stellvertretenden Mitglieds für den Interventionsbereich „Bebaute Umwelt und Verkehr“ des Beirates für Behindertenfragen kandidiert, ist nicht in der heutigen Sitzung; Punkt 1 und 2 werden daher in eine künftige Sitzung verlagt.

Es gibt keine weiteren Änderungen der Tagesordnung.

Die Stelle der Geschäftsführung für den Behindertenbeirat ist aktuell vakant. Herr Litke wird bis zur Wiederbesetzung zum Schriftführer bestellt; der Beirat ist damit einverstanden.

Zur Terminabstimmung für einen Besuch inkl. Führung der Beiratsmitglieder im Kunstforum Hermann Stenner wird eine Liste in Umlauf gegeben. Als geeignete Termine kristallisieren sich der 25.10.2018 und der 29.10.2018, jeweils 11:00 Uhr bis ca. 12:30 Uhr heraus.

Zu Punkt 1 **Wahl des Stellvertretenden Mitgliedes für den Interventionsbereich Bebaute Umwelt und Verkehr**

- verlagt -

Zu Punkt 2 **Verpflichtung neuer stellvertretender Mitglieder des Beirates für Behindertenfragen**

- verlagt -

Zu Punkt 3 **Einwohnerfragestunde**

Von den anwesenden Einwohnern werden keine Fragen gestellt.

Zu Punkt 4 **Genehmigung des öffentlichen Teils drückt der Niederschrift über die 30. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 27.06.2018**

Herr Holler-Göller ergänzt, dass unter Punkt 12 auch die Inklusionsvereinbarung der Stadt Bielefeld und eine Beschwerde über die mangelnde Berücksichtigung von Inklusion bei der Schulentwicklungsplanung angesprochen worden seien.

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 30. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 27.06.2018 wird, mit den o. a. Ergänzungen von Herrn Holler-Göller, nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei 1 Enthaltung beschlossen -

Zu Punkt 5 **Mitteilungen**

Zu Punkt 5.1 **Schulsozialarbeit Inklusion**

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung.

Zu Punkt 5.2 **Anträge auf individuelle Eingliederungshilfen (Antwort auf eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im SGA am 19.06.2018)**

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung. Herr Holler-Göller äußert seine Enttäuschung über die wenig ausführliche Antwort der Verwaltung.

Zu Punkt 5.3 **Dokumentation des Werkstattgespräches vom 05.07.2018**

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung.

Zu Punkt 5.4 **Assistenz behinderter Menschen im Krankenhaus -Schreiben an den LWL-**

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte

Mitteilung. Herr Dr. Kremer weist darauf hin, dass u. U. auch die Krankenkassen Adressaten dieser Forderungen sein könnten. Herr Winkelmann ergänzt, dass sich die Angehörigenvertretung im Bereich bethel.regional mit einem entsprechenden Schreiben an die Politik wenden wolle.

Zu Punkt 5.5 MET OPERA, Saison 2018/2019 -Live im Kino-

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung. Fünf blinde und sehbehinderte Personen hätten sich gemeldet, so dass die Nutzung der Audiodeskriptionsanlage im CineStar vereinbart werden solle.

Zu Punkt 5.6 Woche der seelischen Gesundheit 08.-15.10.2018

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die dazu ausliegenden Flyer.

Zu Punkt 5.7 Jahresrückblick mobiel 2017/2018

Vorsitzender Herr Baum weist darauf hin, dass der Jahresrückblick in der Geschäftsstelle eingesehen werden könne.

Zu Punkt 5.8 Pressemitteilungen

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung und auch per E-Mail versandten Pressemitteilungen.

Zu Punkt 5.9 Veranstaltungen

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung und auch per E-Mail versandten Veranstaltungshinweise.

Zu Punkt 5.10 Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung „EUTB“

Vorsitzender Herr Baum weist auf die dazu ausliegenden Flyer hin. Das Thema solle in der nächsten Beiratssitzung behandelt werden.

-.-.-

Zu Punkt 5.11 Bielefelder Wegweiser für Selbsthilfegruppen Seelische Gesundheit

Herr Burkat weist auf die ausliegende neue Broschüre der Bielefelder Selbsthilfe-Kontaktstelle hin.

-.-.-

Zu Punkt 6 Anfragen

Zu Punkt 6.1 Elektromobilität -AVAS-Resolution (Anfrage von Herrn Wolfgang Baum vom 12.09.2018)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7283/2014-2020

Vorsitzender Herr Baum erläutert die Anfrage.

Eine Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 7 Anträge

Zu Punkt 7.1 Umsetzung der Barrierefreiheit im 3. Nahverkehrsplan (Antrag von Herrn Baum und Herrn Winkelmann vom 23.08.2018)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7117/2014-2020

Vorsitzender Herr Baum erläutert den Antrag.

Frau Heinrich ist es wichtig, dass auch die Anliegen von hörgeschädigten Menschen dabei ausreichend beachtet werden. Herr Donath fragt nach dem Zeitplan; Herr Burkat erläutert, dass ursprünglich im November eine abschließende Befassung mit dem Nahverkehrsplan (NVP) beabsichtigt gewesen sei, aber wegen voneinander abweichender Meinungen über einige Inhalte, die in den Workshops deutlich wurden, Verzögerungen möglich seien.

Beschluss:

- 1) **Der Beirat für Behindertenfragen fordert die Verwaltung auf, die Erfordernisse, die sich hinsichtlich der Barrierefreiheit aus den einschlägigen Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften ergeben, im 3. Nahverkehrsplan zeitnah, vollumfänglich, konkret und präzise darzustellen. Offene Formulierungen, die einen breiten Interpretationsspielraum zulassen oder hinter**

einschlägige Richtlinien oder Normen zurückfallen, sind zu vermeiden.

Insbesondere fordert der Beirat für Behindertenfragen klare Aussagen, ggf. unter Verweis auf die einschlägigen Regelwerke, zu folgenden Punkten:

- a) Bewegungsflächen an den Haltestellen
 - b) Akustische sowie visuelle Fahrgastinformationen an allen Verknüpfungs- und Umsteigehaltestellen, ferner in allen Bussen und Stadtbahnen
 - c) Barrierefreie Abrufbarkeit von Fahrplänen und aktuellen Informationen an allen Stadtbahn- und Bushaltestellen (d.h. nach geltenden Standards Anzeigen / Fahrpläne in ausreichender Schriftgröße, mit ausreichendem Kontrast, bei Bedarf zudem akustisch sowie in leichter Sprache)
 - d) Spaltbreite/Spalthöhe an den Stadtbahnhaltestellen
 - e) Auffindbarkeit der Türen von Stadtbahnwaggonen (etwa durch akustisches Auffindesignal wie Tacker)
 - f) Geradlinigkeit und geradlinige Anfahrbareit von Bushaltestellen
 - g) Flächen für Sondernutzungen in allen Fahrzeugen
 - h) Beleuchtung der Zuwegung und der Haltestellen
- 2) Der Beirat für Behindertenfragen fordert die Verwaltung auf, mit dem 3. NVP die Vorgabe des Personenbeförderungsgesetzes, bis zum 01.01.2022 vollständige Barrierefreiheit anzustreben, möglichst weitgehend zu erfüllen. Der Beirat fordert die Festschreibung ambitionierter Ziele.
- 3) Da nach derzeitiger Einschätzung die vom Gesetzgeber geforderte Herstellung vollständiger Barrierefreiheit bis zum 01.01.2022 nicht erwartet wird, fordert der Beirat für Behindertenfragen die Verwaltung auf, neben der – vom Gesetzgeber geforderten – Benennung und Begründung der Ausnahmen, zeitnah und detailliert darzustellen, wie und bis wann die bis zum 01.01.2022 nicht barrierefreien Anlagen barrierefrei umgestaltet werden sollen. Der Beirat fordert hierzu eine detaillierte Prioritätenliste.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7.2

Einrichtung einer Behinderten-Toilette im 1. OG (Saalebene) der Rudolf-Oetker-Halle (Antrag von Wolfgang Baum vom 10.09.2018)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7267/2014-2020

Ohne Aussprache fasst der Beirat folgenden

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Betriebsausschuss ISB und dem Betriebsausschuss Bühnen und Orchester, die Einrichtung einer Behinderten-Toilette im 1. OG (Saalebene) der Rudolf-Oetker-Halle zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 7.3

Erweiterung der Personen-Aufzug-Anlage in der Rudolf-Oetker-Halle (Antrag von Wolfgang Baum vom 10.09.2018)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7268/2014-2020

Vorsitzender Herr Baum erläutert den Antrag.

Frau Heinrich und Herr Dr. Bruder fordern, dass der Begriff „Erweiterung“ so verstanden werden solle, dass auch die Erfordernisse von hörgeschädigten und sehgeschädigten Personen hinreichend beachtet werden müssten. Der Beirat fasst daher den erweiterten

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Betriebsausschuss ISB und dem Betriebsausschuss Bühnen und Orchester, die Erweiterung der Personen-Aufzug-Anlage in der Rudolf-Oetker-Halle zu beschließen. Alle Aufzüge sollen barrierefrei gestaltet sein und das Zwei-Sinne-Prinzip muss beachtet werden.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 7.4

Erhöhung der Anzahl der Behindertenparkplätze für Besucher der Rudolf-Oetker-Halle (Antrag von Wolfgang Baum vom 10.09.2018)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7269/2014-2020

Vorsitzender Herr Baum erläutert den Antrag.

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss (StEA), die Erhöhung der Anzahl der Behindertenparkplätze für Besucher der Rudolf-Oetker-Halle an der Lampingstraße zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 7.5 Konzeptentwicklung zur besseren ÖPNV-Nutzbarkeit des KombiTickets bei Veranstaltungen in der Rudolf-Oetker-Halle (Antrag von Wolfgang Baum vom 10.09.2018)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7270/2014-2020

Vorsitzender Herr Baum erläutert den Antrag.

Herr Donath weist darauf hin, dass bei einigen Veranstaltungen schon ein Kombiticket im Preis inbegriffen sei. Herr Burkat präzisiert, dass dieses aber z. Zt. nicht bei städtischen Veranstaltungen gelte.

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss (StEA), die Verwaltung zu beauftragen, in Zusammenarbeit mit moBiel, ein Konzept zur besseren Nutzung des KombiTickets bei Veranstaltungen in der Rudolf-Oetker-Halle mit ÖPNV-Einrichtungen zu entwickeln.

- einstimmig beschlossen -

Sitzungspause 09:38 Uhr bis 09:48 Uhr

Zu Punkt 8 Evaluation der KdU-Regelungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7032/2014-2020

Herr Mardmüller erläutert kurz die Vorlage und betont, dass Eigenzuzahlungen von Leistungsempfängern angesichts der vorgenommenen Richtlinienänderungen proportional rückgängig seien. Für 2019 sei ein „schlüssiges Konzept“ für Bielefeld geplant.

Fragen bzw. Anregungen von Herrn Puschmann, Herrn Winkelmann, Herrn Holler-Göller und Frau Röder beantwortet er:

- Eine pauschale Anhebung der Nichtprüfungsgrenze von z. Zt. 2,20 € für behinderungsbedingte technische Ausstattungen in Wohngruppen sei so nicht möglich, da die entsprechende Ausstattung von Wohngruppen z. T. sehr unterschiedlich sei.
- Die Tatsache, dass für Bielefeld noch kein „schlüssiges KdU-Konzept“ vorliegt, führe nicht automatisch dazu, dass immer die Mietobergrenze plus 10% anzusetzen sei. Nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts sei dieses auch davon abhängig, ob noch andere Erkenntnisse dazu vorlägen, was u. a. angesichts eines qualifizierten Mietspiegels für Bielefeld jedenfalls zuträfe.
- Ein Aussetzen der Aufforderungen zur Senkung von KdU-Kosten gel-

te in der Übergangsphase nur bei gerechtfertigten Mieterhöhungen und bisher angemessenen Mieten.

Vorsitzender Herr Baum dankt Herrn Mardmüller für die Erläuterungen.

Der Beirat nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 9

Abstimmung über die Prioritätenliste der Maßnahmenvorschläge zur Inklusionsplanung

Herr Burkat weist auf die mit der Einladung versandte Auflistung der relevanten Maßnahmenvorschläge aus dem Zwischenbericht zur kommunalen Inklusionsplanung hin.

Der Beirat diskutiert intensiv, in welcher Weise eine Priorisierung erfolgen könne und welche Aspekte zu beachten seien; an der Diskussion beteiligen sich Frau Röder, Herr Winkelmann, Herr Holler-Göller, Herr Donath, Herr Dr. Bruder, Herr Burkat, Herr Dr. Kremer und Vorsitzender Herr Baum. Es kristallisiert sich dabei heraus, dass Öffentlichkeitsarbeit und Regelungen für Ämterzuständigkeiten offenbar vorrangig im Fokus sind.

Sitzungspause 10:38 Uhr bis 11:07 Uhr.

Um eine konkrete Priorisierung vorzunehmen, wird unter dem herausgearbeiteten Aspekt ein Vorschlag von Herrn Holler-Göller betrachtet.

Der präsentierte Vorschlag von Herrn Holler-Göller (**Anlage 1**) findet schließlich die ungeteilte Zustimmung des Beirats.

Beschluss:

Die Priorisierung der Maßnahmenvorschläge erfolgt entsprechend dem als Anlage beigefügten Vorschlag (Anlage 1 der Niederschrift). Maßnahmen sind dabei auch parallel in unterschiedlichen Handlungsfeldern voranzubringen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 10

Inklusionsplanung – Bericht der Verwaltung zum Sachstand und Abstimmung der Prioritätenliste des Maßnahmenkatalogs

Herr Burkat weist auf die nächste Sitzung der Lenkungsgruppe am 10.10.2018, 13:00 Uhr hin. Vom Beirat für Behindertenfragen werde Frau Röder in Vertretung für Herrn Baum daran teilnehmen.

Für die nächste Beiratssitzung sei eine Information darüber geplant.

-.-.-

Zu Punkt 11 **Berichte aus Gremien (Ratsausschüsse, sonstige Gremien und Arbeitsgruppen der Teilhilfesysteme)**

Sozial- und Gesundheitsausschuss:

Herr Schneck informiert über den Fortgang des Antrages zur Aufstockung des Personals in der städtischen WTG-Behörde (ehem. Heimaufsicht). Ab 2019 werde dort eine weitere Stelle eingerichtet, so dass mit 5,5 Stellen eine hinreichende Wahrnehmung der Prüfaufgaben zu erwarten sei.

Schulausschuss:

Frau Röder berichtet über die Pauschale der Schulsozialarbeit für Inklusion. Der konkrete Mittelabruf müsse noch konkreter betrachtet werden.

Stadtentwicklungsausschuss:

Herr Winkelmann teilt mit, dass die modellhafte Verkehrsführung am Jahnplatz positiv beurteilt worden sei. Eine gewisse Verbesserung für den Radverkehr solle es noch geben.

Fachkonferenz Behindertenhilfe:

Herr Winkelmann informiert über das Werkstattgespräch zu Krankenhausaufenthalten von Menschen mit kognitiven Einschränkungen. Drei Arbeitsgruppen seien gebildet worden.

-.-.-

Zu Punkt 12 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen – Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Zu Punkt 13 **Bericht an die Presse**

Es gibt nichts zu berichten. Auf Nachfrage von Frau Röder zur Webseite, informiert Herr Winkelmann kurz über den Zwischenstand.

-.-.-

Vorsitzender Herr Baum stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.